

Rede zur aktuellen Stunde in der Hamburgischen Bürgerschaft am 02. September 2020

Frau Präsidentin,  
liebe Kolleg\*innen und Zuhörende,

es hätte diesem Haus lieber erspart bleiben sollen, dass es der AfD wieder einmal nur um das Schüren von Angst und Hass gegen Geflüchtete geht. Mit Stimmungsmache und Fakenews wollen Sie den Eindruck erwecken, dass Geflüchtete an der gesellschaftlichen Spaltung schuld sind. Das ist aber schlichtweg falsch. Es gibt kein „Wir“ und „Die“. Gesellschaftliche Spaltung vollzieht sich zwischen Menschen, denen gesellschaftliche Teilhabe vergönnt ist, und denen, die außen vor sind. Da hat die Bundesregierung in der Tat viel falsch gemacht. Wir stehen also vor einer höchst sozialen Frage. Und wir LINKE sind es, die sich für soziale Lösungen stark machen.

Ja, wir haben in den letzten fünf Jahren eine Menge geschafft. Aber mir ist das dann doch zu viel des Eigenlobes insbesondere seitens der SPD. Und die CDU? Sie bemängelt die Unterbringung mit schlechten Lernmöglichkeiten für Kinder. Andererseits kritisiert sie die mangelnde Umsetzung der Bürgerverträge. Wir erinnern uns: Seinerzeit hat die überaus CDU-nahe Initiative für gute Integration die Begrenzung der Unterkünfte auf 300 Geflüchtete durchgedrückt. Mit Integration hatte das allerdings weniger zu tun als mit der Angst um den Wert des Häuschens in den wohlbehüteten Eigenheimsiedlungen Hamburgs. An Ihrer Glaubwürdigkeit, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, müssen Sie noch deutlich arbeiten.

Fünf Jahre „Wir schaffen das“ heißt für DIE LINKE: Wir schaffen noch mehr!

Dass Hamburg in der Lage ist, Geflüchtete in seiner Mitte aufzunehmen, das beweisen die vielen Ehrenamtlichen und die vielen aktiven Initiativen und Vereine der Flüchtlingshilfe tagtäglich.

Die Hamburger Zivilgesellschaft hat in den letzten Jahren gezeigt, was alles möglich ist, wenn viele sich engagieren. Denken wir nur an ein so wunderbares Projekt wie Hanseatic Help, das mit viel Spontanität in den Messehallen begann und heute ein nicht mehr wegzudenkender professioneller Bestandteil der Hamburger Hilfelandschaft ist.

Ob aber die Hilfe auch nachhaltig bei den Geflüchteten ankommt, hängt auch davon ab, wie sehr die Stadt ein Umfeld schafft, das Geflüchteten ein selbstständiges Leben ermöglicht. Hier sehen wir noch ganz gewaltig Luft nach oben!

Hamburg hat vieles gut gemacht, keine Frage. Ich vermisse aber das anfängliche Engagement des Senats in zunehmendem Maße. Wir haben noch längst nicht alle Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten gemeistert. Neue

Herausforderungen wie die Corona-Krise kommen dazu. Doch der Senat schleicht sich aus seiner Verantwortung für die schutzbedürftigen Menschen in unserer Stadt.

Immer noch verfügen die Unterkünfte von fördern&wohnen nicht über verlässliches WLAN, Kinder in öffentlicher Unterbringung sind im Bereich digitalen Lernens fast völlig abgehängt.

Immer noch existieren keine verbindlichen Standards zur Unterbringung von Geflüchteten und es gibt kaum Privatsphäre. Doch gerade die Ruhe in den eigenen vier Wänden ist dringend notwendig, um anzukommen.

Immer noch herrschen im so genannten Ankunftszentrum in Rahlstedt unmenschliche Bedingungen: Deckenbeleuchtung wie am Flughafen, keine abgeschlossenen Schlaf- und Wohnbereiche, keine unabhängige Rechtsberatung. Das ist der Stadt Hamburg unwürdig!

Dennoch bleibe ich dabei: Wir schaffen noch mehr! Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören zu Hamburg, wie das Wasser in der Elbe. Es ist unsere

gemeinsame Aufgabe zusammenzurücken, voneinander zu lernen, uns gegenseitig zu unterstützen und in Pandemie-Zeiten ganz besonders Solidarität zu zeigen – auch mit den Menschen in griechischen und libyschen Elendslagern! Hamburg hat Platz. Ich schließe mich der Erklärung von Pro Asyl und vieler mutiger Organisationen an, die sagen [#offengeht](#) – auch heute!

Vielen Dank!

-----  
Zur Information einige Äußerungen des Abgeordneten Wolf (AfD):

Er führt aus, dass es sich um unkontrollierte, ungesteuerte Masseneinwanderung gehandelt habe, dass fremde Kulturkreise gekommen seien, die weder integrationswillig noch -fähig seien. Es handele sich nicht um Flüchtlinge oder Schutzsuchende, das sei linke Ideologie und Propaganda, sondern die Menschen seien aus wirtschaftlichen Gründen gekommen.